

N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am Mittwoch, dem 17.09.2003, im Sitzungssaal des Rathauses Setterich

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 19.10 Uhr

Anwesend waren:

a) **stimmberechtigt:**

Backhaus, Wolfgang (ab TOP 3)
Beckers, Rolf (bis einschließlich TOP 2)
Kohlhaas, Margarete
Lankow, Wolfgang
Mohr, Bruno - als Vorsitzender
Puhl, Mathias
Schmitt, Elke
Schmittmann, Jörg

b) **als sachkundige Einwohner:**

Frings, Gottfried
Pater Konrad Boja

c) **von der Verwaltung:**

Bürgermeister Dr. Linkens
Beigeordneter Leßmann
StAR Ohler
StOI Froesch - als Schriftführer

T a g e s o r d n u n g :

A) Öffentliche Sitzung

1. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses vom 03.04.2003
2. Schulbezirke für die GGS St. Andreas und die GGS St. Barbara der Stadt Baesweiler

3. Neuregelung im Lernmittelfreiheitsgesetz;
hier: Veränderung des Durchschnittsbetrages etc.
4. Antrag der SPD-Fraktion vom 17.07.2003;
hier: Schulstrukturdiskussion zum Thema „Abschaffung der Realschule als eigene Schulform“ als Folge der veröffentlichten Entwürfe der NRW-SPD
5. Mitteilungen der Verwaltung
6. Anfragen von Ausschussmitgliedern

B) Nichtöffentliche Sitzung

7. Vorschlag für die Besetzung der Schulleiterstelle am Gymnasium der Stadt Baesweiler
8. Mitteilungen der Verwaltung
9. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Die Mitglieder des Ausschusses waren durch Einladung vom 06.08.2003 auf Mittwoch, den 17.09.2003, unter Mitteilung der Tagesordnung zu dieser Sitzung einberufen worden.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung, indem er die Anwesenden begrüßte. Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gemacht. Zur Sitzung wurde ordnungsgemäß eingeladen und der Ausschuss war mit der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

A) Öffentliche Sitzung

1. **Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses vom 03.04.2003**

Einstimmig genehmigte der Schulausschuss die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses vom 03.04.2003.

2. **Schulbezirke für die GGS St. Andreas und die GGS St. Barbara der Stadt Baesweiler**

Beigeordneter Leßmann verwies zunächst auf die umfangreiche Verwaltungsvorlage zu der Thematik. Ausgangspunkt der Notwendigkeit zur Neufassung der Schulbezirke im Stadtteil Setterich war die seinerzeit auf Wunsch der Elternschaft der damaligen KGS St. Barbara durchgeführte Umwandlung der Schule von einer Bekenntnisschule in eine Gemeinschaftsschule.

Bei der Einteilung der Schulbezirke habe man sich an dem Modell eines Überschneidungsgebietes, welches nunmehr bereits im zweiten Jahr im Stadtteil Baesweiler existiere und bislang ohne Probleme umgesetzt werden konnte, orientiert.

Nach den bislang gesammelten Erfahrungen, so Beigeordneter Leßmann, kann eindeutig gesagt werden, dass sich die Festlegung dieses Überschneidungsgebietes bewährt habe. Insbesondere sei es hierdurch in einem gewissen Rahmen möglich, auf Wünsche von Erziehungsberechtigten aus dem Überschneidungsgebiet einzugehen und im großen und ganzen für angemessene Klassenstärken an den beiden Schulen zu sorgen.

Als Kriterium für die Verteilung der Schülerinnen und Schüler aus dem Überschneidungsgebiet im Stadtteil Setterich wurden daher folgende Punkte vorgeschlagen:

- Geschwisterkinder an einer der beiden Schulen;
- Klassengröße;
- Schulnähe;
- Erfüllung des Integrationsauftrages.

Für die Verteilung der Schulneulinge aus dem Überschneidungsgebiet auf die beiden Schulen seien der zuständige Schulamtsdirektor, die beiden Schulleiter sowie ein Vertreter des Schulträgers zuständig.

Ausschussmitglied Puhl signalisierte für die CDU-Fraktion Zustimmung zu dem Beschlussvorschlag der Verwaltung und fügte hierbei insbesondere die positiven Erfahrungen mit dem Modell im Stadtgebiet Baesweiler bei der GGS - Friedensschule und GGS - Grengracht an.

Auch Ausschussmitglied Beckers signalisierte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Zustimmung zu dem vorgeschlagenen Modell.

Sodann beschloss der Schulausschuss einstimmig, dem Stadtrat vorzuschlagen, die vorliegende Rechtsverordnung zur 7. Änderung der Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken für die öffentlichen Grundschulen der Stadt Baesweiler zu beschließen. Die Änderung hat erstmalig zu Beginn des Schuljahres 2004/2005 Relevanz.

3. **Neuregelung im Lernmittelfreiheitsgesetz;**
hier: Veränderung des Durchschnittsbetrages etc.

Beigeordneter Leßmann erläuterte dem Ausschuss die Änderungen im Lernmittelfreiheitsgesetz, die durch das am 09.04.2003 erlassene „Gesetz zur finanziellen Entlastung der Kommunen in Nordrhein- Westfalen“ verursacht worden sind. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, dass der Gesetzgeber den sogenannten „Durchschnittsbetrag“ für die Beschaffung der in einem Schuljahr erforderlichen Lernmittel um 33 v.H. angehoben hat.

Der Schulträgeranteil, so Beigeordneter Leßmann, werde künftig bei 51 v.H. und der Eigenanteil bei 49 v.H. des Durchschnittsbetrages liegen. Bisher betrug der Schulträgeranteil 2/3 des Durchschnittsbetrages, der Eigenanteil 1/3 desselben.

In der Konsequenz dieser gesetzlichen Änderung, so Beigeordneter Leßmann, stelle die Neuregelung zumindest längerfristig eine Mehrbelastung sowohl für die Eltern von Schulkindern, als auch für den Schulträger dar.

Ausschussmitglied Puhl wies für die CDU-Fraktion darauf hin, dass man sich mit der vorgeschlagenen Verfahrensweise der Verwaltung einverstanden erkläre, da die Neuregelung bereits ohnehin auf langfristige Sicht eine Mehrbelastung für die Stadt Baesweiler als Schulträger bedeute.

Insbesondere stellte Beigeordneter Leßmann hierauf deutlich heraus, dass die Stadt Baesweiler im Bereich der Lernmittel dem erforderlichen sozialen Ausgleich für einkommensschwache Haushalte durch die gesetzlich vorgesehene Übernahme des Eigenanteils für Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz nachkommen werde.

Der Schulausschuss nahm daraufhin die Ausführungen der Verwaltung zu den Änderungen des Lernmittelfreiheitsgesetzes sowie die beabsichtigte Vorgehensweise beim Vollzug des Gesetzes einstimmig zustimmend zur Kenntnis.

4. **Antrag der SPD-Fraktion vom 17.07.2003;**
hier: Schulstrukturdiskussion zum Thema „Abschaffung der Realschule als eigene Schulform“ als Folge der veröffentlichten Entwürfe der NRW-SPD

Bürgermeister Dr. Linkens erläuterte vorweg, dass die SPD-Fraktion, die den Antrag gestellt habe, nicht im Schulausschuss vertreten sei. Dies habe Bürgermeister Dr. Linkens zum Anlass genommen, den Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Pehle, über die Möglichkeit zu informieren, den vorgenannten Antrag auch als Person stellen zu können, um somit an der Beratung und Diskussion teilnehmen zu können. Von dieser Möglichkeit hat Fraktionsvorsitzender Pehle Gebrauch gemacht.

Bürgermeister Dr. Linkens wies ergänzend darauf hin, dass diese Regelung nur für den beantragten Tagesordnungspunkt und nicht für die übrigen folgenden Tagesordnungspunkte gelte.

Sodann verwies Bürgermeister Dr. Linkens auf die Verwaltungsvorlage in dieser Angelegenheit. Der geladene Referent, Herr Achim Schmitz, Vorsitzender des Realschullehrerverbandes, Kreisverband Aachen-Nord, und Konrektor der Realschule Setterich, habe sich, so Bürgermeister Dr. Linkens, leider aus verständlichen Gründen für die heutige Sitzung entschuldigt.

Ferner wies Bürgermeister Dr. Linkens darauf hin, dass die Verwaltung mit Schreiben vom 11.08.2003 auf Wunsch der SPD-Fraktion an das Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen herangetreten sei mit der Bitte, einen geeigneten Referenten zu der heutigen Sitzung des Schulausschusses zu entsenden.

Dieser Bitte sei das Ministerium jedoch nicht nachgekommen und begründe dies wie folgt:

„Die Landesregierung hat mittlerweile entschieden, vor neuen Entscheidungen zur Schulstruktur einen breiten Dialog mit Eltern, mit Lehrenden und Lernenden, mit Unternehmen, Gewerkschaften und Verbänden, mit Kirchen, Jugend- und Kulturverbänden und mit den Medien zu führen. Dies mit der Zielsetzung eines relativ breiten bildungspolitischen Konsenses über die Weiterentwicklung unseres Bildungswesens. Von daher stehen aktuell Entscheidungen nicht an. Insofern halte ich die Teilnahme einer Referentin oder eines Referenten aus meinem Hause an der Schulausschusssitzung für nicht erforderlich und bitte dafür um Ihr Verständnis.“

Bürgermeister Dr. Linkens führte sodann aus, dass aus Sicht der Verwaltung gewiss kein Anlass bestehe, über eine Abschaffung der Realschule nachzudenken. Die Realschule in Setterich gewährleiste eine hervorragende und differenzierte Ausbildung der Kinder und Jugendlichen und sei insbesondere auch bei den Ausbildungsstellen anerkannt. Die Wertschätzung dieser Schule in unserer Stadt sei überdurchschnittlich groß. Steigende Schülerzahlen und ein hierdurch erforderlich gewordener Erweiterungsbau im Jahre 2002 belegen des Weiteren die Beliebtheit der Schule.

Hierauf verwies Bürgermeister Dr. Linkens auf einen Beschlussvorschlag des Präsidiums der NRW-SPD aus dem Frühjahr 2003, wonach das derzeit in Nordrhein-Westfalen existierende mehrsäulige Schulsystem in Frage gestellt worden sei. Ziel sei nach Aussage dieses Positionspapieres ein zweisäuliges Schulsystem, das wohl nur so verstanden werden könne, dass eine Abschaffung der Realschule vorgesehen sei.

Für das mittlerweile scheinbar geänderte Ansinnen der NRW-SPD, die Schulform „Realschule“ auch weiterhin zu erhalten, sei er äußerst dankbar.

SPD-Fraktionsvorsitzender Pehle betonte, dass man den Antrag seinerzeit gestellt habe, um deutlich zu machen, dass eine Abschaffung der Realschule nicht vorgesehen sei. Insbesondere verwies Herr Pehle auf das dritte Positionspapier der NRW-SPD, in dem von im Frühjahr geäußerten Planungen keine Rede mehr sei. Nachdrücklich, so Fraktionsvorsitzender Pehle, werde sich die SPD auch in Baesweiler für den Erhalt der Realschule einsetzen.

Beigeordneter Leßmann wies ergänzend zu den Ausführungen von Bürgermeister Dr. Linkens darauf hin, dass auch aus pädagogisch-didaktischer Sicht kein Anlass existiere, über die Abschaffung der Schulform „Realschule“ nachzudenken. Die Realschule in Setterich gewährleiste, ebenso wie auch die Hauptschulen und das Gymnasium im Stadtgebiet, ein attraktives Schulprogramm und ein engagiertes Kollegium.

Die Stadt Baesweiler werde sich daher mit Nachdruck für den Erhalt der Schulform „Realschule“ einsetzen.

Problematisch wäre es bei den Planungen der SPD zu Gunsten eines zweisäuligen Schulsystems insbesondere auch, entsprechende Baumaßnahmen vorzusehen und diese zu finanzieren.

Ausschussmitglied Puhl signalisierte für die CDU-Fraktion Unterstützung für den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Man sei mit der Arbeit der Realschule in Baesweiler überaus zufrieden.

Dass die Planungen der NRW-SPD auf großen Widerstand gestoßen seien, werde insbesondere auch dadurch dokumentiert, dass sich ca. 300.000 Menschen gegen die Planungen ausgesprochen hätten.

Ausschussmitglied Kohlhaas vermutete, dass der Antrag der SPD-Fraktion vielleicht als Provokation zu verstehen sei, einmal über die Schulformen in NRW grundsätzlich nachzudenken. Sie stimmte Beigeordnetem Leßmann insoweit zu, dass die Schließung dieser Schulform und die Umverteilung der Schüler auf andere Schulen ohne Zweifel nicht finanzierbar wäre. Die Pläne der NRW-SPD seien auf Grund der starken Protestwelle somit zumindest zunächst einmal vom Tisch.

Ausschussmitglied Kohlhaas äußerte sich ferner dahingehend, dass man in den nächsten Jahren um die Einführung der Ganztagschule nicht herum kommen werde.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wies Ausschussmitglied Backhaus auf die aus seiner Erfahrung als Lehrer nicht sehr gute Situation an den Schulen hin. Insbesondere betonte er, dass der Begriff der Schulform „Hauptschule“ in der Diskussion überhaupt noch nicht gefallen sei. Ohne Zweifel, so Ausschussmitglied Backhaus, sei in der Gesamtstruktur nicht alles in Ordnung. Ein Strukturproblem bestehe somit sehr wohl.

Hinsichtlich des Beschlussvorschlages der Verwaltung wies Ausschussmitglied Backhaus darauf hin, dass der Erhalt der Schulform „Realschule“ und die im zweiten Teil des Beschlussvorschlages zitierte Passage hinsichtlich der Finanzierung bzw. des Lehrermangels und des Unterrichtsausfalles zu trennen seien.

Bürgermeister Dr. Linkens wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es auf Landesebene irgendwo sicherlich Probleme in der Schulstruktur gebe. In der Diskussion bzw. der Verwaltungsvorlage gehe es jedoch ausdrücklich um die Situation in unserer Stadt. So solle man unstrittige Fragen, nämlich den Erhalt der Realschule, auch als unstrittig darstellen. Der zweite Teil des Beschlussvorschlages, der sich mit Dingen wie Lehrermangel und dergleichen beschäftige, habe möglicherweise zu dem in einzelnen Landesteilen bestehenden Strukturproblem geführt.

Hierauf nahm der Schulausschuss bei einer Enthaltung und sieben Ja-Stimmen die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und unterstützt ausdrücklich das Bestreben, die Realschule als eigenständige Schulform zu erhalten.

Der Schulausschuss beauftragte ferner die Verwaltung, sich beim zuständigen Ministerium und dem Vorsitzenden der NRW-SPD, nachdrücklich für den Erhalt der Realschule und für die Lösung der anhaltenden Probleme, wie Lehrermangel, Unterrichtsausfall und mangelnde Finanzierung einzusetzen.

5. Mitteilungen der Verwaltung

Beigeordneter Leßmann setzte den Ausschuss davon in Kenntnis, dass die Dependance der Elisabethschule Alsdorf in Baesweiler auf Wunsch der Stadt Alsdorf in Abstimmung mit der Bezirksregierung mit Ablauf des Schuljahres 2002/2003 aufgelöst worden sei.

Die Beschulung der Schülerinnen und Schüler aus Baesweiler erfolge nunmehr ab dem Schuljahr 2003/2004 in Alsdorf mit 37 Schülerinnen und Schülern aus Baesweiler.

Darüber hinaus informierte Beigeordneter Leßmann den Ausschuss darüber, dass derzeit sehr umfangreiche Arbeiten zur Erstellung des Schulentwicklungsplanes durchgeführt würden. In seiner Sitzung am 03.04.2003 hatte der Schulausschuss die Verwaltung seinerzeit mit der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes beauftragt. Vorgesehen war nach dem Beschluss, dass die Schulentwicklungsplanung im Schulausschuss in der ersten Sitzung nach den Sommerferien 2003 vorgestellt werde.

Da diese Sitzung jedoch planmäßig für den 13.11.2003 datiert gewesen sei, die heutige Sitzung also zunächst nicht geplant war, werde dieser dem Schulausschuss auch zu dem erstgenannten Termin vorgestellt.

6. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anfragen wurden nicht gestellt.

Unter diesem Tagesordnungspunkt ergriff der Schulleiter der GGS St. Barbara, Herr Rolf Steinbusch, das Wort und wies darauf hin, dass die Ausführungen des Beigeordneten Leßmann zu Tagesordnungspunkt 2 „Schulbezirke für die GGS St. Andreas und GGS St. Barbara der Stadt Baesweiler“ hinsichtlich des Einvernehmens bei der Zusammenstellung der Schulbezirke bzw. des Überschneidungsgebietes aus seiner Sicht nicht richtig seien.

Herr Steinbusch setzte die Ausschussmitglieder davon in Kenntnis, dass er im Vorfeld der Sitzung gebeten habe, die Straßen „Am Kloostergarten“ und „Raiffeisenstraße“ in den festen Bereich für die GGS St. Barbara aufzunehmen.

Ferner, so Herr Steinbusch, werde eine Aufnahme der Straße „Grüner Ring“ in das Überschneidungsgebiet gewünscht, und nicht wie vorgesehen, ein Belassen dieser Straße im festen Schulbezirk der GGS St. Andreas.

Bürgermeister Dr. Linkens informierte den Ausschuss sodann darüber, dass im Vorfeld der heutigen Sitzung in einem ersten Schritt ein Gespräch mit den Schulleitern der beiden Settericher Grundschulen stattgefunden habe auf der Grundlage eines Lösungsansatzes des zuständigen Fachamtes. Hierauf habe Herr Steinbusch sich noch einmal gemeldet und gebeten, die Straßen „Am Kloostergarten“ und „Raiffeisenstraße“ in den festen Bereich der GGS St. Barbara aufzunehmen. In einem erneuten Gespräch mit Herrn Steinbusch hätten Herr Beigeordneter Leßmann und Herr StOI Froesch sodann den Eindruck gewonnen, dass Herr Steinbusch sich auf Grund der möglichen Einflussnahme im Überschneidungsgebiet mit der vorgeschlagenen Verfahrensweise einverstanden erklärt habe.

Deutlich stellte Bürgermeister Dr. Linkens noch einmal heraus, dass ohne Zweifel beide Schulleiter bei der vorgeschlagenen Verfahrensweise Kompromisse eingegangen seien. Es sei jedoch im Wesentlichen eine Frage des Überschneidungsgebietes, wie die Schülerzahlen der Schulen gesteuert werden könnten. Bürgermeister Dr. Linkens sagte zu, dass man die Angelegenheit in der nächsten Ratssitzung entsprechend vortragen werde.